

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 03/54. Jahrgang

März 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

## Propaganda im Ukrainekrieg

Als vor einem Jahr die russischen Streitkräfte in den seit 2014 geführten Bürgerkrieg in der Ostukraine eingriffen, war es nur in einigen linken Zeitungen zu lesen: Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der ukrainischen Regierung haben sich 160 Werbeagenturen der NATO-Länder zusammengeschlossen, darunter die Agentur, die beim ersten Irakkrieg die Geschichte mit den *Brutkastenbabys* erfunden hatte. Im vergangenen Jahr haben diese Agenturen ganze Arbeit geleistet.

Bei keiner der Meldungen aus dem Kriegsgebiet kann man sicher sein, ob sie von Journalisten oder von einer Werbeagentur kommt. Über die Ukraine nur Gutes, über Russen nur Schlechtes – das ist das Motto der Berichterstattung.

Wichtige Teile der ukrainischen Armee tragen an ihren Uniformen Symbole, die an die SS erinnern. Einige ihrer Anführer prahlen damit, dass sie es lieben zu töten. Der Gruß „Slava Ukraina“ (Ruhm der Ukraine), der von westlichen

Politikern bedenkenlos nachgeplappert wird, wurde während der Nazizeit von nationalistischen Kollaborateuren eingeführt, der Gegenruß „Ruhm den Helden“ meint unter anderem die Angehörigen der ukrainischen SS-Division „Galizien“. In der Presse wird davon nicht berichtet.

Medien und Politiker begrüßen, dass die Ukraine den Donbass und die Krim zurückerobert will, niemand fragt danach, was dann mit

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Frauen gegen Krieg und Krise: Demo zum internationalen Frauenkampftag!

Am 8. März protestieren wir weltweit gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen durch Patriarchat und Kapitalismus.

Als *8. März-Bündnis* Gießen sagen wir: Basta! Keine Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf unsere Rücken. Unsere Schwestern und Freundinnen dürfen weder hier noch in anderen Ländern in prekären Arbeitsverhältnissen und Krieg leben. Wir stellen uns klar und deutlich gegen die Aufrüstung der Bundeswehr und Waffenlieferungen, durch die die Herrschenden die Gefahr eines dritten Weltkriegs anheizen und den Krieg

in der Ukraine verlängern.

Lasst uns gegen diese gewalttätigen Verhältnisse und für eine befreite Gesellschaft streiken und kämpfen! Lasst uns den 8. März, den internationalen Frauenkampftag, als Auftakt für einen Frauenkampf an 365 Tagen im Jahr nutzen! Basta! Frauen gegen Krieg und Krise!

**8. März, 17:30 Uhr, Berliner Platz**

**Es rufen auf: 8. März-Bündnis, DKP, ARAG, SDAJ, Berçem Kadın.**



**Politik in Gießen:** Parkplätze, Radfahren und UKGM: **S. 3**

**Gewerkschaften:** Im Gesundheitswesen, in Europa, bei Karstadt und die GEW: **S. 4 / 5**

**Veranstaltung der DKP Lauterbach:** mit Ulf Immelt und Diether Dehm **S. 7**

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

## Fortsetzung von Seite 1: Propaganda im Ukrainekrieg

den dort lebenden Menschen, die mit der Angliederung an Russland einverstanden sind, passieren würde. Von Selenskyj und seinen Anhängern werden sie abwechselnd als Kreaturen, Ungeziefer, Hochverräter bezeichnet. Sie sollen vertrieben, in Lager gesperrt oder der Rache der Ultranationalisten ausgeliefert werden. Keines der Massenmedien berichtete darüber, wie in den von den russischen Streitkräften wieder verlassenen Gebieten mit der Zivilbevölkerung umgegangen wurde. Nach verlässlichen Berichten wurden dort alle, die im Verdacht standen, mit den russischen Behörden zusammengearbeitet zu haben, an Laternenpfähle gefesselt, was danach mit ihnen passierte ist unklar.

Die Berichterstattung über den Krieg ist extrem einseitig. Wer Frieden will, darf sich dadurch nicht beirren lassen. **Die Ukraine braucht sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, die Bevölkerung braucht internationalen Schutz. Jede weitere Waffenlieferung verlängert den Krieg, führt zu weiteren Zerstörungen, zu Toten und Verletzten. Die Waffen nieder!**

Gernot Linhart

## Kriegspropaganda

"Kriege sind vor allem in demokratischen Gesellschaften gegen den Willen der Bevölkerung schwer durchzusetzen. Deshalb müssen Regierung und Militär sicherstellen, dass die Menschen den Krieg mittragen. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie bewusst Medien als Mittel der Beeinflussung ein. Es wird ein Bild des Krieges vermittelt, das ihn als notwendig und unausweichlich darstellt. Den Versuch der gezielten Beeinflussung der Öffentlichkeit während eines Krieges bezeichnet man als Kriegspropaganda." Aus: Bundeszentrale für politische Bildung



**Kommentar in den ARD-Tagesthemen von Georg Restle am 28.07.2014 zur Verantwortung Europas in der Ukraine-Krise:** "Über 1.000 Tote, 3.500 Verletzte, Hunderttausende auf der Flucht (...) dies ist Krieg. (...) Was die

Menschen in Donezk und Lugansk in diesen Tagen erleben, ist ein Albtraum (...) Westliche Politiker (...) müssen der ukrainischen Regierung in den Arm fallen (...) Auch das ukrainische Militär terrorisiert die Zivilbevölkerung. Es trägt den Krieg (...) in Wohn- und Schlafzimmer, es nimmt kaum Rücksicht auf die Not der Menschen und auf deren Leben offenbar noch weniger. (...) So tragen Europas Regierungen Mitverantwortung

für das rücksichtslose Töten einer Regierung, der sie selbst zur Macht verholfen haben. Deshalb braucht es jetzt eine klare Botschaft an die Machthaber in Kiew. Der Terror gegen die Zivilbevölkerung muss beendet (...) werden. **Wenn nicht, macht sich Europa mitschuldig. Dann sind die getöteten Zivilisten (...) auch unsere Toten.**"

Der ganze Kommentar auf Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=V4-5UgzaKUI>

# Frieden in der Ukraine?

Die Ukraine ist ein Schlachtfeld eines Krieges, der seit den 1990er Jahren tobt, eines Krieges von vielen. Die letzte Supermacht USA, die sich in einem kontinuierlichen Abstiegsprozess befindet, hat eine Trumpfkarte: ihre überlegene Militärmacht.

Deshalb gibt es kein Land, das nach dem Ende des Kalten Krieges so viele Kriege geführt hat und führt. Die USA sind keine Demokratie, sondern eine Oligarchie. Jeweils verschiedene Fraktionen des Kapitals stellen den Präsidenten. Trump stand für die strategische Option eines Bündnisses mit Russland gegen China. Die Biden-Regierung steht für eine neue Offensivstrategie. Erst Russland niederkämpfen und dann alle Kräfte gegen China bündeln.

Jewgeni Primakow, der ehemalige Außenminister unter Jelzin, hatte in einem Interview geäußert, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für



Moskau schon 2006 eine rote Linie darstellte und man bereit gewesen sei, dagegen Krieg zu führen. Die EU, vor allem die beiden führenden Mächte BRD und Frankreich, hatten zunächst einen eigenständigen europäischen Machtblock, auch gegenüber den USA, favorisiert. War es nicht Macron, der der NATO den „Hirntod“ attestierte? Aktuell scheinen sich die Europäer aber den USA unterzuordnen. Nach dem

Motto: Nur noch gemeinsam können wir den Aufstieg Chinas verhindern. Das aktuelle Angebot Chinas, sich als Vermittler im Ukrainekrieg zur Verfügung zu stellen, wurde von US-Vizepräsidentin Harris bereits zurückgewiesen.

Im März 2022 gab es Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland über einen Waffenstillstand. Der damalige israelische Ministerpräsident Bennett war dabei als Vermittler tätig. Russland machte dabei die Zusicherung, sich aus Teilen der Ukraine zurückzuziehen. Die Ukraine sei bereit gewesen, eine mögliche Neutralität "gründlich zu prüfen" und auf einen NATO-Beitritt zu verzichten. Bennett antwortete auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten? "Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten Unrecht."

Henning Mächerle

# Parkplätze knapp und teuer – wo bleibt die Alternative?

In Gießen wird die Zahl der Parkplätze verringert, die Gebühren wurden erhöht und die Gebührenpflicht bis in den späten Abend verlängert. So soll die Zahl der herumfahrenden und herumstehenden Autos verringert werden. Eigentlich nicht schlecht – besser

wäre aber, wenn parallel dazu die Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs verbessert würden. Bis jetzt bleibt Bewohnern der ländlichen Stadtteile und der Umlandgemeinden kaum eine andere Wahl, als für Fahrten in die Stadt das Auto zu nutzen. Schön wäre auch,

wenn der freiwerdende Stadtraum so gestaltet würde, dass sich die Aufenthaltsqualität in der Stadt verbessert. Viele Stadtbewohner könnten mit Ideen und Wünschen dazu beitragen.

Gernot Linhart

## Wann wird Radfahren in Gießen schöner?

Vor einigen Monaten wurde die Neuen Bäume als Fahrradstraße beschildert, in der Schulstraße wurde die Durchfahrt für Kraftfahrzeuge verboten. Viel einfacher ist das Radfahren in diesen Straßen leider nicht geworden. Nach wie vor überwiegt dort der motorisierte Verkehr. Auf jeden freien Parkplatz kommen geschätzt zehn Autos, die einen Abstellplatz suchen. Radfahrende werden ohne Sicherheitsabstand überholt, rückwärtsfahrende oder wendende Autos gefährden oder behindern die wenigen Radler. In den Seitenstraßen sieht es nicht besser aus. In der Schulstraße hat die häufig anwesende Polizei dafür gesorgt,

dass weniger Autos einfahren, das Überholen von Radfahrenden ohne Sicherheitsabstand wird aber nicht geahndet. Der vorgeschriebene Sicherheitsabstand von 1,50 Metern zwischen Kraftfahrzeugen und Rädern wird überall in der Stadt oft nicht eingehalten. Besonders bei sogenannten Fahrradschutzstreifen können Radler froh sein, wenn Autos beim Überholen mehr als 50 cm Abstand halten, viele Fahrzeug-

lenker und -lenkerinnen meinen, die Straße wäre bis zur Begrenzungslinie des Radstreifens ihr Bereich. In einigen Fahrschulen wird das Einhalten des Abstandes anscheinend nicht gelehrt, auch Fahrschulfahrzeuge fahren oft sehr dicht an Rädern vorbei. Bis Gießen einmal eine fahrradfreundliche Stadt wird, ist es noch ein weiter Weg.

Gernot Linhart



### Das gilt in einer Fahrradzone:

- Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h
- "rechts vor links"
- Radverkehr darf weder gefährdet noch behindert werden
- Radfahrende dürfen nebeneinander fahren
- es ist kein anderer Fahrzeugverkehr gestattet - außer z.B. das Zusatzschild "Anlieger frei" erlaubt dieses (Anlieger sind nur die, die an einem Grundstück dieser Fahrradzone ein Anliegen haben, also nicht, wenn sie in die nahegelegene Fußgängerzone einkaufen gehen)

## Uniklinikum – Rhön AG braucht Druck

Nach monatelangen Verzögerungen durch die Rhön AG liegt nun der sogenannte Zukunftsvertrag für das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) unterschriftsreif vor. Wichtigster Punkt: In den nächsten zehn Jahren sollen 800 Mio. Euro investiert werden. 500 Mio. zahlt das Land Hessen, den Rest die Rhön AG. Allerdings wird diese kein eigenes Geld ausgeben, die Investitionen müssen von den Kliniken erwirtschaftet werden.

Es bleibt also dabei: Die Belegschaft muss um bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung kämpfen. Zur Zeit laufen Verhandlungen um einen

Entlastungstarifvertrag zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Rhön AG. Zur Verbesserung ihrer Verhandlungsposition geht das Personal in die Offensive. Im Februar haben zwei Online-Veranstaltungen stattgefunden, bei denen Beschäftigte über ihre prekäre Situation berichteten. Zu den 200 Teilnehmern in Gießen gehörte auch Oberbürgermeister Becher, er versprach Unterstützung. Wieviel davon zu halten ist, wird sich zeigen. Bis jetzt haben sich die Stadtobere in Gießen immer zurückgehalten, mehr als verbalen Zuspruch gab es nie. In Marburg hat sich der Oberbürgermeister wenigstens den

Forderungen nach einer Wiedervergesellschafterung der Kliniken angeschlossen und einen finanziellen Beitrag der Stadt zugesagt.

Das Klinikpersonal hat im Dezember der Landesregierung ein 100-Tage-Ultimatum zum Abschluss eines Tarifvertrages gestellt, ein großer Teil der Zeit ist bereits verstrichen. Die Beschäftigten haben in mehreren Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft gezeigt, sie sind auf weitere Arbeitskämpfe vorbereitet.

**Da jeder von uns Patient im UKGM werden kann, sollten wir auch im eigenen Interesse den Kampf der Kolleginnen und Kollegen unterstützen.**

Gernot Linhart

# Es brodelt im Gesundheitswesen – weltweit

Seit der sogenannten neoliberalen Wende wurden in fast allen kapitalistischen Ländern große Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur privatisiert oder der Konkurrenz ausgeliefert, um an den Interessen der Bevölkerung zu sparen und Profit zu erwirtschaften. Stark betroffen davon ist das öffentliche Gesundheitswesen. Die Corona-Pandemie hat besonders drastisch gezeigt, dass es in vielen Staaten an Ärzten, Pflegepersonal, Krankenhausbetten, Medikamenten, Impfstoffen und anderem fehlt. Nach Abflauen der

Pandemie gehen in vielen Ländern der Welt Pflegepersonal und Ärzte auf die Straße und kämpfen um bessere Bedingungen für sich und ihre Patienten.

In Deutschland ist es neben der Gewerkschaft ver.di auch die Ärztervertretung Marburger Bund (MB), die auf die Misere aufmerksam macht und Reformen fordert. Bei einer Podiumsdiskussion des MB berichteten junge Ärztinnen und Ärzte, sie fühlten sich bei der Arbeit wie in einem Hamsterrad. Auch Hausärzte streiken und demonstrieren, sie bekommen wegen

früher Entlassungen von Klinikpatienten immer mehr Arbeit ohne zusätzliche Bezahlung.

In Deutschland, Frankreich, England, Spanien, Polen – in fast allen europäischen Ländern kämpfen die Beschäftigten im Gesundheitswesen um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung, außerhalb Europas sieht es nicht anders aus. Diese Kämpfe betreffen auch uns - es geht um unsere Versorgung im Krankheitsfall.

Gernot Linhart

## Gewerkschaften als Gegenmacht

Europaweit hat sich bei den Gewerkschaften herumgesprochen, dass Sozialpartnerschaft nicht hilft. Gewerkschaften müssen wieder als Gegenmacht zum herrschenden Kapitalismus auftreten.

Den französischen Gewerkschaften ist wohl bewusst, dass es beim aktuellen Kampf nicht nur um die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters geht, sondern um die Frage: Kommen das Kapital und dessen Präsident mit ihrer Politik durch? Falls Macron das gelingt, stehen die erkämpften Rechte der französischen Arbeiterklasse als Ganzes in Frage. Nach den 2,5 Mio. Menschen der letzten Streiktage strömten am 16.02. erneut Hunderttausende auf die Straßen - zum fünften landesweiten Streik binnen weniger Wochen.

Auch in England politisieren sich die Streiks weiter. Am 01.02. streikten über 500.000 Menschen in Großbritannien. Der Gewerkschaftsdachverband TUC hatte die Proteste mit dem Widerstand gegen das Antistreikgesetz der konservativen Regierung verknüpft.

In Spanien reißen die Proteste auch nicht ab. Am 12.02. demonstrieren in Madrid eine Million Menschen und somit noch einmal mehr als bei der letzten Demonstration im November 2022. Das Motto war "Madrid steht auf und fordert eine öffentliche Gesundheitsversorgung".

In Portugal finden zur Zeit ebenfalls regelmäßig Streiks und Demonstrationen statt, die das Land jeden

zweiten Tag lahmlegen. Am 09.02. rief der größte Gewerkschaftsbund CGTP, der der kommunistischen Partei nahesteht, zu einem landesweiten Protesttag in verschiedenen Bereichen innerhalb des Öffentlichen Dienstes und der privaten Wirtschaft auf. Am 11.02. protestierten 150.000 Menschen in Lissabon.

Hier in Deutschland kommen die Streiks auch in Gang. An den aktuellen Arbeitsniederlegungen

von Ver.di wird die Macht der Gewerkschaften deutlich. Der Flugverkehr über Deutschland kam dabei weitgehend zum Erliegen. Auch die Kriegstreiber der Münchner "Sicherheitskonferenz" hatten darunter zu leiden. Die Gewerkschaften müssen aus der Defensive herauskommen und mit klaren anti-kapitalistischen Forderungen zum Angriff übergehen.

H.M.



**In München wurde der Krieg geplant** – und insgesamt 20.000 Demonstranten waren am 18.02. auf der Straße. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, spricht auf der Demo des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz.

Der Widerstand muss jetzt auf die Straße - nicht nur an einem Tag, nicht nur an einem Ort, sondern so lange, bis die Kriegstreiber im eigenen Land gestoppt sind.

**Kommt zu den Ostermärschen am 08.04. in Gießen und 10.04. in Frankfurt (siehe Termine auf Seite 8)**

## Karstadt:

# Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze

Wie geht es weiter bei Galeria Kaufhof? Diese Frage bewegt sicher nicht nur die Beschäftigten der Karstadt-Filiale in Gießen. Anfang Februar hatte das Amtsgericht Essen das Insolvenzverfahren über die letzte große deutsche Warenhauskette eröffnet. Hier hatte Galeria dem Gericht den Insolvenzplan zum Sanierungskonzept vorgelegt. Bislang ist unklar, wieviele der 129 Filialen erhalten oder verkauft werden und wie viele Häuser endgültig geschlossen werden. Hierzu soll es, so der Sachwalter der Gläubiger, Frank Kebekus, noch laufende Verhandlungen mit den jeweiligen Vermietern geben. Für den 27.03.2023 ist eine Gläubigerversammlung in Essen geplant, die über den Gesamtplan entscheiden soll.

Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen haben die Tarifverhandlungen für die rund 17.400 verbliebenen Beschäftigten des Warenhauskonzerns begonnen.

Ver.di hatte zu Recht darauf hingewiesen, dass nach dem Scheitern der ersten Sanierung aus dem Jahr 2020 nun vertraglich wieder die Flächentarifverträge des Einzelhandels gelten müssten. Die Galeria-Beschäftigten hatten damals als Sanierungsbeitrag einem abgesenkten Tarifvertrag zugestimmt, der laut der Gewerkschaft für einen Vollzeitbeschäftigten bis zu 5.500 Euro weniger Jahresgehalt bedeutete. Die Unternehmensleitung hingegen vertritt die Auffassung, dass eine Bezahlung nach dem Flächentarifvertrag "in absehbarer Zeit finanziell unmöglich wie auch inhaltlich unpassend" sei. In dieser Argumentation wird unterschlagen, dass es sich hier nicht - wie von der Konzernleitung dargestellt - um eine Lohnerhöhung, sondern lediglich um die Rücknahme eines Gehaltsverzichts handelt. Zu diesem hatten sich die Beschäftigten in der Hoffnung bereit erklärt, so ihre



Arbeitsplätze zu erhalten. Dem wurde nun mit den geplanten Filialschließungen und dem damit verbundenen Personalabbau die Grundlage entzogen.

Ulf Immelt

## Erfolg der GEW:

# A 13 kommt auch für Grundschullehrkräfte

Auch in Hessen sollen Lehrkräfte an Grundschulen zukünftig besser bezahlt werden, das haben der hessische Ministerpräsident Rhein und Kultusminister Lorz im Januar

2023 verkündet. Die Anhebung der Eingangsbesoldung aller Grundschullehrkräfte von A 12 soll ab August 2023 bis 2028 stufenweise auf das Niveau von A 13 erfolgen.

Nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen folgt mit Hessen das nächste westdeutsche Flächenland. Damit gelingt der GEW nach zahlreichen Demonstrationen und Aktionen des Landesverbandes Hessen ein weiterer Erfolg.

Dies trifft für rund 18.000 Kolleginnen und Kollegen zu, die derzeit an Grundschulen unterrichten und die aktuell noch schlechter bezahlt werden als alle anderen Lehrämter.

**Die DKP fordert:**

- A 13-Gehälter jetzt - nicht erst 2028.
- Alle angestellten Lehrkräfte jetzt verbeamtet.
- Reduzierung der Pflichtstunden.
- Kleinere Klassen und Gruppen.
- Mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen.

Martina Lennartz



# Grüner Wasserstoff, grüner Neokolonialismus!

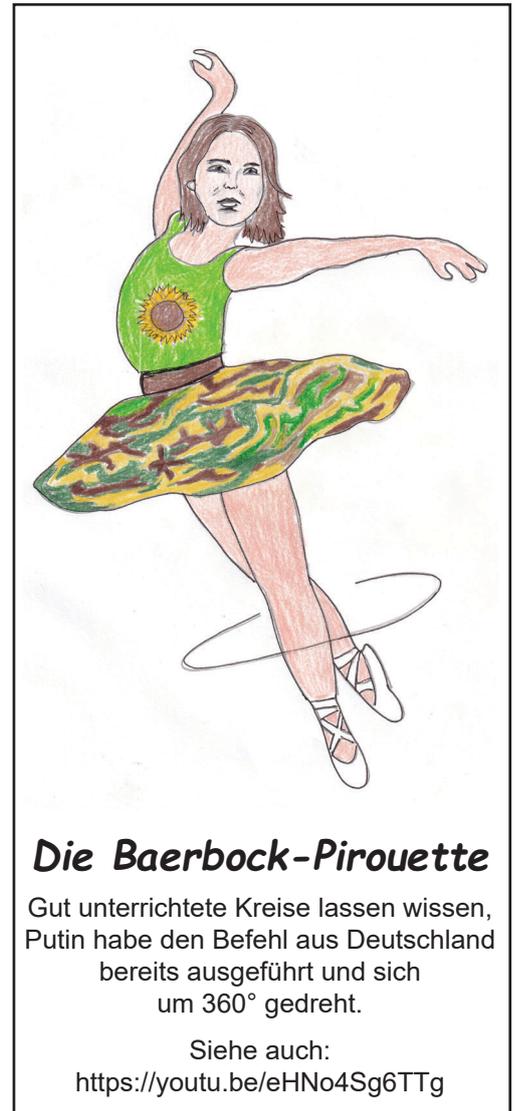
Der Kampf des westlichen Imperialismus gegen eine „Multipolare Weltordnung“ ist in vollem Gange. Wesentliche Propagandafloskeln sind der angebliche Kampf für Menschenrechte und die „grüne Revolution“, die uns allen diene. Nachdem es den USA gelungen ist, Deutschland von der russischen Energieversorgung zu trennen, stellt sich die Frage, wo die Energie in Zukunft herkommen soll? Afrika scheint da ein neues Objekt der Begierde zu sein. Alles soll grün werden, da bietet sich doch „Grüner Wasserstoff“ an.

Die Sache hat nur einige Haken: Es werden riesige Mengen hochreines Wasser benötigt, große Mengen elektrische Energie und Wasserstoff können als Gas schwer transportiert werden. Als Transportstoff bietet sich Ammoniak an, das in einem sehr energieintensiven Verfahren aus Wasserstoff und Stickstoff hergestellt wird. Man benötigt riesige Flächen mit Solarzellen, um dazu elektrische Energie herzustellen. Diese Energie wird zur Elektrolyse von Wasser verwendet; das hochreine Wasser wird dabei in Wasserstoff und Sauerstoff gespalten.

Deswegen die rege Reisetätigkeit von Vizekanzler Habeck in Namibia

und Südafrika. Aber auch andere Länder wie Chile sind im Gespräch. Alle diese Länder haben zwar viel Sonne, aber wenig Wasser. Der Lithiumabbau in Chile zeigt das Dilemma. Der westliche Imperialismus greift die Rohstoffe ab und die Bevölkerung vor Ort hat kein Wasser mehr. Aus Sicht des Westens ist alles so einfach. Die Sahara ist groß und da wohnt doch keiner. Warum sollen die Länder dieser Region nicht die Energie und die Ressourcen für das kapitalistische Konsummodell liefern? Es gibt ausreichend Beispiele aus der nordafrikanischen Region, die zeigen, wie auch in der Wende hin zu erneuerbaren Energien Formen des Kolonialismus fortbestehen – nämlich ein Energie- bzw. grüner Kolonialismus. Die Nutznießer sind nicht die Menschen vor Ort, sondern westliche Konzerne und korrupte Eliten. Ob der Plan für den Westen aufgeht, ist fraglich, China und Russland bieten sich für Südamerika und Afrika ebenso als Geschäftspartner an.

Henning Mächerle



## Ein willkommener Krieg?



Christiane Reymann, Wolfgang Gehrcke, Henning Mächerle

Am 09.02. stellten Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann das Buch "Ein willkommener Krieg?" in der Kongresshalle im vollbesetzten Kerkrade-Zimmer vor. Die beiden stellten die Fragen und gaben Antworten, wem der Krieg nutze und wer daran verdiene. Sie erläuterten, warum denen, die auf Waffenlieferungen statt auf umgehende Verhandlungen drängten, mehr mediale Beachtung geschenkt wurde. Daraus entwickelte sich eine lebhaft diskutierte Diskussion.

# Leserbrief

(...) Der Zeitpunkt, an dem die Diskussion über ein Zurück zur „Wehrpflicht“ beginnt, ist auch nicht zufällig, denn schließlich hat „unsere“ Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit dem Satz „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“, erneut die „rote“ Linie überschritten. So braucht man tendenziell mehr Soldatinnen und Soldaten für einen heißen Krieg, auch dann, wenn der militärische Sinn im Moment als noch fraglich dargestellt wird. Fraglich ist auch noch, ob bei

einer Kriegsdienstverweigerung wieder die unsäglichen Anhörungsverfahren eingeführt werden? Hier sollte festgestellt werden, ob der Verweigerer es ernst meint, dass er aus „Gewissensgründen“ auf Menschen schießen kann oder nicht?

Übrigens hört man zur Zeit nichts mehr von Vermittlungsversuchen von Präsident Lula aus Brasilien. – Der Westen will Krieg!

Uwe Moldenhauer

Wer JA sagt zum Kapitalismus,  
sagt JA zum Völkermord,  
sagt JA zur Arbeitslosigkeit,  
sagt JA zum sozialen  
Kahlschlag,  
sagt JA zu Demokratieabbau,  
sagt JA zu Armut und Elend.

Wir sagen

**NEIN!**



Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste  
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

## Frieden verhandeln statt Waffen liefern

„Heizung, Brot und Frieden“ –  
Was tun?



Unter diesem Titel diskutierten am 11.02. auf Einladung der DKP Gewerkschaftssekretär Ulf Immelt (DGB Hessen) und der Liedermacher und ehemalige Bundestagsabgeordnete Diether Dehm (PdL). Martina Lennartz moderierte die Veranstaltung, die in einem voll besetzten Raum des Posthotels Johannesburg im mittelhessischen Lauterbach stattfand.

Lennartz fragte die Referenten zum Einstieg, warum Frieden mit Russland Voraussetzung für weltweiten Frieden sei. Immelt und Dehm unterstrichen daraufhin, dass die Missachtung des Minsker Abkommens, das Vorpreschen an die russische Grenze und das weitere Liefern von Waffen die Wahrscheinlichkeit eines 3. Weltkrieges erhöhen würden.

Deutschland habe die moralische Pflicht, für Frieden mit Russland zu sorgen. Beide verwiesen auf die Verantwortung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Russland habe man die Befreiung und das Ende des Krieges am 8. Mai 1945 zu verdanken.

Immelt forderte Friedensverhandlungen statt weiterer Waffenlieferungen an die Ukraine. Die 100 Mrd. Euro, die die Bundesregierung zusätzlich für Aufrüstung ausbebe, müssten stattdessen in Bildung, Gesundheit und ein gutes Leben im eigenen Land investiert werden. Dehm stellte die offene Frage, was man denn meine, was Putin in Deutschland wolle – Bodenschätze



Diether Dehm, Martina Lennartz und Ulf Immelt

könnten es wohl kaum sein. Ein Angriff Russlands auf Deutschland käme seiner Ansicht nach schon deshalb nicht in Frage.

Immelt führte aus, dass es auch Gewinner von Krieg und Krise gäbe: 2022 liege der Umsatz der größten DAX-Konzerne bei 145 Mrd. Euro.

Sie hätten 55 Milliarden Dividende ausgeschüttet. 81% des Vermögenswachstums in Deutschland gingen an 1% der Bevölkerung – die Reichsten der Reichen. Die Armen würden genau deshalb immer ärmer. Es lasse sich klar erkennen, wer der eigentliche Feind der Bevölkerung in diesem Land sei – Putin sei das nicht.

Im Plenum wurde die Frage diskutiert, wie die DKP mit ihren im Gegensatz zum Mainstream stehenden Positionen mehr in die Öffentlichkeit gelangen kann. Es ging darum, wie Interessierte und Betroffene vernetzt werden können, um für den Frieden auf die Straße zu mobilisieren. Alle waren sich einig, dass man die Menschen nur erreicht, wenn man sie auch in Betrieben, bei der Gewerkschaft, in der Nachbarschaft und auf der Straße anspricht. Die Veranstaltung war Anstoß für Ostermarschaktionen in diesem Jahr. Und am 15.03. wird in Lauterbach eine DKP-Gruppe neu gegründet. Interessierte sind herzlich willkommen.

Martina Lennartz

Siehe auch:

[https://youtu.be/\\_0SCqEtoV0g](https://youtu.be/_0SCqEtoV0g)



# Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**04.03.2023 ab 10:30 Uhr**  
Kundgebung / Infostand der  
DKP GI am Kugelbrunnen

**08.03.2023 ab 17:30 Uhr:**  
Internationaler  
Frauenkampftag,  
Berliner Platz



**10. und 31.03.2023 um 19 Uhr:**  
Stammtisch im Chamäleon

**16.03.2023 um 18 Uhr:**  
Bildungsabend der DKP,  
Mesopotamisches Kurdisches  
Kulturzentrum, Ederstr. 16

**23.03.2023 um 19 Uhr:**  
Gruppenabend / MV DKP GI,  
Winchester-Zimmer,  
Kongresshalle

**28.03.2023 um 18 Uhr:**  
Kundgebung "Heizung, Brot und  
Frieden" am Kugelbrunnen



**29.03.2023:**  
Redaktionsschluss April-Echo

**31.03.2023 ab 15:00 Uhr:**  
Kundgebung zum Streik in  
der UKGM, **Treffpunkt: Hbf.  
Gießen**, danach Fahrt zur  
Demo in Marburg (dort Start um  
16:30 Uhr am Hbf. Marburg)

**08.04.2023 ab 10:00:**  
Ostermarsch-Kundgebung,  
Katharinenplatz (Hiroshima-  
Platz) mit Live-Musik von  
Dannyjune Smith

**10.04.2023**  
Ostermarsch Frankfurt,  
Treffpunkt 9:00 Uhr Hbf. Gießen

Wir sammeln **Unterstützungs-  
unterschriften** für die Landtags-  
wahl in Hessen am 08.10.2023  
siehe auch: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** beschäftigten wir uns mit dem „Rinn-Clan“. Die Gebrüder Rinn waren Eigentümer der Zigarrenfabrik Rinn & Cloos, der Maschinenfabrik Heyco und des Kameraherstellers Minox. Durch großzügige Spenden an die CDU und Platzierung von Managern im Stadtparlament und in Gemeindevertretungen sicherten sie sich politischen Einfluss. In den Betrieben wurden Lehrlinge (Auszubildende) ausgebeutet und von Ausbildern beleidigt und tätlich angegriffen. Inzwischen sind alle diese Firmen durch Missmanagement ruiniert worden. Arm wurden die Rinns deswegen nicht.

Vor **40 Jahren** wurde das US-Depot in Gießen erweitert. Immer mehr Kriegsgerät und -material bis hin zu Atomraketen wurde in der Stadt angehäuft. Eine regionale große Grünfläche, für die eigentlich ein Bauverbot galt, wurde dafür geopfert. Nach dem Abzug der US-Armee wurde das Gelände mit riesigen Logistikhallen zugebaut.

Vor **30 Jahren** wurde ein Schulentwicklungsplan beschlossen, der die absehbare Zunahme der

Schülerzahlen nicht berücksichtigte. Grundschulklassen mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern wurden vorgesehen. Die Lehrgewerkschaft GEW setzte dem Plan eine „Offensive für kleine Klassen“ entgegen.

Vor **20 Jahren** wurde in der Stadt über die geplante *Galeria Neustädter Tor* diskutiert. Für die Galeria sollten mehrere Gewerbebauten und Wohnhäuser abgerissen werden. Es war abzusehen, dass durch den Neubau mehrere Geschäfte, denen es sowieso schon nicht gut ging, in Schwierigkeiten kommen würden. Die DKP lehnte den Bau ab. Nach Fertigstellung steckt der Komplex bis heute in einer Dauerkrise.

Vor **10 Jahren** schlüpfte die Stadt unter einen von der Landesregierung angebotenen finanziellen Rettungsschirm. Sie verlor damit die Selbstbestimmung über ihre Finanzen und wurde zum Abbau von Leistungen und zur Erhöhung von Steuern und Gebühren gezwungen. Die in hessischer Verfassung und Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung wurde dadurch ausgehebelt. Gernot Linhart

## Petition online unterschreiben



Wir fordern die sofortige Entlassung von Außenministerin Annalena Baerbock. Wir Unterzeichner dieser Petition meinen, dass sie ihren Amtseid gebrochen hat und den Menschen in Deutschland schadet.

Frau Baerbock hat die Aussage getätigt: "Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland". Solch eine Aussage trägt die Gefahr in sich, dass die BRD zum Kriegsschauplatz wird. Dies wird durch die aktuell beschlossene Lieferung von Kampfpanzern noch verstärkt. Frau Baerbock hat damit ihren Amtseid gebrochen.

**Siehe:** [kurzelinks.de/Baerbock-muss-weg](http://kurzelinks.de/Baerbock-muss-weg)

## Gießener Echo

**Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!**

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen – **E-Mail:** [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) – **Internet:** [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)